



Diana Stöcker
Mitglied des Deutschen Bundestages
Abgeordnete des Wahlkreises
Lörrach-Müllheim
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030-227-71624
E-Mail: diana.stoecker@bundestag.de
www.diana-stoecker.de

Berlin, 05. Mai 2023

Diana Stöcker (CDU) beklagt fehlendes Engagement der Bundesregierung

Berlin. Der psychotherapeutische Nachwuchs in Deutschland hat mit einem bundesweiten Aktionstag zur Weiterbildung seine Forderung nach einer auskömmlichen Finanzierung bekräftigt. Die Bundestagsabgeordnete und Gesundheitspolitikerin Diana Stöcker aus dem Wahlkreis Lörrach/Müllheim unterstützt die Forderung der Studierenden und stellt sich hinter die jungen Psychotherapeutinnen und -therapeuten. „Bundesminister Karl Lauterbach muss sich schnellstmöglich mit den Herausforderungen für junge Menschen in Weiterbildung auseinandersetzen und eine gesetzlich geregelte Finanzierung für die Psychotherapie-Weiterbildung erarbeiten“, erklärt die CDU-Politikerin mit Verweis auf bereits bestehende Vorschläge des Berufsstandes. Die Weiterbildung sei nicht gleichzusetzen mit einer Ausbildung, da sie im Rahmen einer hauptberuflichen Beschäftigung erfolge und von daher auskömmlich vergütet werden müsse. "Wir laufen Gefahr, dass ein Großteil der Absolventinnen und Absolventen des Masterstudiengangs Psychologie und Psychotherapie ab Oktober diesen Jahres keine Möglichkeit haben wird, den beruflichen Weg fortzusetzen", warnt Stöcker. Die Bundestagsabgeordnete weiter: „Für die Studierenden spielen eine gesicherte angemessene Bezahlung, finanzierte Weiterbildungsplätze und verlässliche und klare Aussagen der Politik die tragende Rolle – wenn das nicht gegeben ist, ist die zukünftige ausreichende Versorgung Deutschlands mit Psychotherapeutinnen und -therapeuten gefährdet. Wir können es uns nicht leisten, diese Fachkräfte an andere Branchen oder ins Ausland zu verlieren.“

Stöcker hatte kürzlich erst die Bundesregierung nach konkreten Maßnahmen für eine ausreichende Anzahl an Weiterbildungsplätzen und eine angemessene Bezahlung gefragt. Die Antwort aus dem Bundesministerium für Gesundheit sieht sie ernüchternd: „Nicht nur für mich fiel die Antwort der Bundesregierung enttäuschend aus, die sich auf die Länderzuständigkeit bei Vergütungsfragen zurückzog. Die zahlreichen Studierenden und Absolventen im Bereich der Psychotherapie können keine Unterstützung und erst recht keinen Plan der Verantwortlichen erkennen, wie das Ganze überhaupt funktionieren soll“, resümiert die Lörracher Abgeordnete. Die Bemerkung der Bundesregierung, sie beobachte die aktuelle Situation und prüfe mögliche Maßnahmen, trage daher überhaupt nicht zu einer Beruhigung der Situation bei.

Folgen Sie mir auch auf den Social-Media-Kanälen:
Facebook <https://www.facebook.com/stoeckerdiana> und
Instagram <https://www.instagram.com/stoecker.diana>